

Gedanken zur wirtschaftspolitischen Verständigung des westlichen Europa¹⁾

Die einzige Möglichkeit, um zu einer rationell-fruchtbaren Zusammenarbeit der freien europäischen Völker zu gelangen, ist die sukzessive wirtschaftspolitische *Verständigung* im Sinne der Vereinheitlichung bestimmter Verhaltensgrundsätze und wirtschaftlichen Zusammenarbeiten-*Wollens*. Das scheint mir der Weg zu sein, und nicht die Verschmelzung oder doch Ineinanderschachtelung möglichst vieler Wirtschaftszweige oder letzten Endes sogar der nationalen Einheiten und ihrer „*façon de vivre et de travailler*“. Wenn ich es marktformentheoretisch ausdrücken darf: Man soll aus Europa wohl ein Staatenkartell mit soundso viel und immer engeren vertraglichen Bindungen, aber keinen Staatentrust machen.

„*Integration*“ heißt eigentlich Herstellung oder Wiederherstellung zu einem Ganzen. Es ist ein vornehmes und zugleich hochtönendes Wort. Es eignet sich herrlich als propagandistischer Schlager, und weil sich niemand darüber eine klare Vorstellung zu machen imstande ist, *worin* eigentlich die Integration, die Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit bestehen soll, mit welchen *Mitteln* sie erreicht und innerhalb welcher *Frist* sie vollzogen werden kann, ja *ob* sie überhaupt herstellbar ist, wirkt der Ausdruck ebenso verschwommen wie schillernd. Wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein, das gilt auch hier.

Ich muß allerdings beifügen, daß einer der klarsten wirtschaftspolitischen Köpfe Europas, *Per Jacobson*, in den ausgezeichneten Vierteljahrsberichten der Skandinaviska Banken eine präzise Definition des Ausdruckes „Integration“ gegeben hat. Er sagt dort: „Selbst wenn man von der Frage des Ost-West-Handels völlig absieht, haben die europäischen Staaten noch zahlreiche Probleme zu meistern, die teils die einheimische Wirtschaft der einzelnen Länder, teils ihre gegenseitigen Beziehungen betreffen. Das Problem dieser gegenseitigen Beziehungen wurde nach dem Kriege als Problem der europäischen ‚Integration‘ bezeichnet.“

Das ist eine klare *Umschreibung*, aber sie widerspricht meiner Aussage, daß der Begriffsinhalt schillernd ist, nicht. Sie sagt nicht, was alles die Wirtschaftsmenschen, vor allem Amerikas und der internationalen Wirtschaftsorganisationen, sich unter dem Problem der gegenseitigen Beziehungen, das hier Integrationsproblem genannt wird, vorstellen. Ich halte nur fest, daß immer wieder bemängelt wird, daß nicht größere Anstrengungen unternommen werden, um aus Europa eine ähnliche Wirtschaftseinheit zu schaffen, wie sie in den Vereinigten Staaten Amerikas gegeben ist. Solche Kritiker können nicht verstehen, daß nach der Montanunion und nach Benelux nicht schon eine Fülle ähnlicher integrierender Institutionen errichtet worden sind. *Der Überstürzung solcher Bestrebungen* einer so, d. h. dem wortwörtlichen Sinne nach verstandenen Integration, und nicht etwa der vermehrten wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Verständigung in wichtigen Wirtschaftsfragen gilt meine Kritik.

Wer von der wirtschaftlichen Integration Europas im Sinne der Schaffung eines *wirtschaftlich ganzheitlichen und damit doch wohl irgendwie zentral gesteuerten Europa* als einer Gegenwartsaufgabe spricht, erscheint mir entweder als der utopisierend reine Tor oder als ein die Schwerkraft der Wirklichkeit nicht mehr genügend in Rechnung stellender Idealist. Im Osten, wir wissen es alle, ist die Integration das Werk von Zentralisten, denen es nichts ausmacht, im Interesse einer bestimmten Staatsform über Menschen-, Staats- und Kulturleichen bedenkenlos hinwegzuschreiten. Selbstverständlich denkt im Westen — von den Kommunisten und Kryptokommunisten abgesehen — nie-

1) Diesem Aufsatz liegt ein Vortrag zugrunde, den Prof. Marbach Anfang September auf dem Internationalen Bürgermeister-Kongreß in Braunschweig gehalten hat.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSEINHEIT

mand an eine Integration solcher Art. Ich möchte keinem der westlichen Vereinheitlichungssüchtigen nachreden, daß seine Integrationsbestrebungen mit der östlichen Methode des Integrierens etwas zu tun haben.

Aber wir wollen uns dessen doch bewußt sein, daß in unserer westlichen Welt immer wieder Stimmen laut werden, die einen beschleunigten Zusammenschluß der westlichen europäischen Länder zu einer zollüberwindenden wirtschaftlichen Einheit postulieren. Insbesondere versteht man in Amerika schlecht, warum wir in Europa wohl einigen Sinn für wirtschaftliche Verständigung, aber so wenig für die Vereinheitlichung haben. Und die Amerikaner werden darin unterstützt von hochgezüchteten Nur-Intellektuellen, die durch den Krieg ihre Erdverbundenheit verloren haben, weil gewissermaßen das Flugzeug, mit dem sie von Konferenz zu Konferenz rennen und in dem sie ihre Integrationspläne gebären, zu ihrem Vaterland geworden ist. Diese Kreise mißverkennen Europa. Sie mißverkennen es in bezug auf dessen wunderbar mannigfaltige Differenziertheit der Kulturen und Sitten und sie verkennen es in bezug auf seine anderthalbtausendjährige Geschichte. Denn auf dem Rücken dieser Geschichte hat sich in Europa eine vom theoretischen Modell der Freihändler ganz und gar abweichende Gestaltung der produktiven Standorte herausgebildet. Aber „the man in the street“ in Washington oder Chicago ist der Ansicht, und es ist die *communis opinio* Kaliforniens, daß die Europäer z. B. einzig aus uneinsichtiger Eigenbrötelei noch keine zollpolitische Einheit bilden.

Es wäre ein weltweites Unglück, wenn diese, kein beachtliches Allgemeinwissen bezeugende Auffassung auch die offizielle Washingtons werden sollte. Manchmal hat man den Eindruck, daß das ein klein wenig so sei. Im großen und ganzen — so kann man wohl sagen — sind die Vereinigten Staaten ein Land, dessen Föderativ-Teilgebilde weder aus alten Gauen und Grafenherrschaften noch aus territorialen Herrschaftsausweitungen alter, wehrhafter Gemeinden entstanden sind. Die USA sind ein gewaltiger und in mancherlei Hinsicht bewundernswerter Föderativstaat, dessen Glieder ihre Gestalt, zumindest zu einem wesentlichen Teil, nicht dem Verlauf universaler oder regionaler Geschichte, sondern Strichen der Reißschiene auf dem Reißbrett zu verdanken haben.

Das ist *einer* der ganz grundlegenden Unterschiede zwischen der großen nordamerikanischen Republik und Europa, daß an Europas *nationalen*, ja selbst *regionalen* Grenzen, wo immer man sie trifft, gegen 2000 Jahre Krieg, Kriegsgeschrei, Friedensschlüsse und Friedensbrüche hängen.

Damit soll gesagt sein, daß es sehr einfach war, in den Vereinigten Staaten Binnenzölle zu verbieten und ein kontinental-einheitliches Wirtschaftsgebiet zu schaffen. Und es soll weiterhin sagen, daß das, was in den USA eine aus der Geschichtslosigkeit und aus jungfräulichem Gelände erwachsende rationale Selbstverständlichkeit war, dies im traditionsgebundenen, geschichtsstrotzenden und überlieferungsreichen Europa nicht so sein kann. Zolleinheit ist für uns sowenig selbstverständlich wie, im Gegensatz wiederum zu uns, für die Amerikaner Einheit und Gleichberechtigung der Rassen eine Selbstverständlichkeit ist.

Diese integrations-kritischen Gedanken sollen an Hand einer wirtschaftstheoretischen und im Verein damit einer wirtschaftspraktischen Überlegung kurz präzisiert werden. Ich will beispielhaft darlegen, warum eine *europäische Zolleinheit*, die ja ein unabdingbares und erstes Kompositum einer wirtschaftlichen Integration Europas wäre, so lange illusorisch erscheint, als nicht ganz Europa (was Gott verhüten möge) zu einer Trümmerstätte wird. So etwa oder noch schlimmer, wie es in Deutschland anno 1945 der Fall war. Erst auf der Trümmerstätte des Dritten Reiches ist die *Einheitsgewerkschaft* möglich geworden. Erst auf der Trümmerstätte Europas wäre die vollkommene Zolleinheit etwas anderes als reine Utopie.

In der Lehre vom Außenhandel spielt die sogenannte „Theorie der komparativen Kosten“ eine hervorragende Rolle. Sie sagt, auf einfachsten Nenner gebracht, daß ein Land, das in mehreren Produktionszweigen einem andern Land kostenhalber überlegen ist, aber in einzelnen Zweigen stärker als in andern, vorteilhaft- nur das produzieren soll, für das es die günstigsten Aufwands- d. h. Kostenverhältnisse aufweist. Auf diese Weise, d. h. bei solch internationaler Arbeitsteilung, würde die Produktion maximiert, und es würde der Reichtum der Nationen am besten vermehrt. Tatsächlich böte die vollkommene internationale Arbeitsteilung, rein *quantitativ* gesehen, die vollkommenste Versorgungsmöglichkeit. Auf diese Lehre haben die unentwegten Freihändler stets Bezug genommen, weil sie selbstverständlich *reale* und *monetäre* Transfermöglichkeiten voraussetzt und — wenigstens im Grundsatz — weder von quantitativen noch qualitativen Handelsbeschränkungen etwas wissen will. Vom Standpunkt der *rein ökonomischen* Ratio aus ist gegen diese Theorie wenig einzuwenden. Am ehesten wäre noch vorzubringen, daß sie bei vollkommener Verwirklichung in der Praxis zu regionalen, das Leben der Menschen verlangweiligenden und verödenden *Monokulturen* führen müßte. Aber dieses Argument ist schon nicht mehr wirtschaftlicher Natur.

Vom Standpunkt rein ökonomisch-rationalen Denkens aus ist diese Theorie von der absoluten *internationalen Arbeitsteilung* und *Austauschfreiheit* richtig, und ich glaube, daß wir sie als *Richtlinie* immer im Auge behalten müssen. Sogar das Hitlerreich wußte von der Nicht-Selbstgenügsamkeit relativ kleiner Länder. Auf dieser Erkenntnis fußte letzten Endes seine Großraumtheorie.

„Ein Staatswesen“, hat Platon in der „Politeia“ gesagt, „glaub' ich also, entsteht deshalb, weil eben jeglicher von uns sich nicht selbst genug ist, sondern weil er viele andere nötig hat.“ Man könnte nicht nur den Staat, sondern auch die Notwendigkeit des Außenhandels, der nach der Lehre von den komparativen Kosten absolut frei sein sollte, nicht besser begründen.

Wie präsentieren sich die Möglichkeiten absolut freien Außenhandels in der Wirklichkeit? In der „Permanent Revolution“, dem herrlichen Buch, das die Redakteure von „Fortune“ über Amerika veröffentlicht haben, gibt es eine Kapitelüberschrift, die lautet: *Amerika, das Land der unendlichen Vielfalt*. Welches Wort sollen wir nun für Europa gebrauchen, wenn das drüben die Vielfalt ist? Dann ist Europa die Vielfalt in x-ter Potenz.

Seit der unglücklichen Zerschlagung der fränkisch-germanischen Einheit im mächtigen und wundersamen Reiche Karls des Großen — es sind genau 1111 Jahre her — hat sich ein Europa von uns bekannter Form und Gestalt aus mannigfaltigstem Geschehen herausentwickelt. Sozusagen immer im Kindbett liegend, hat dieser Kontinent stets neue Formen der Herrschaft und neu umgrenzte Länder geboren und wieder sterben lassen, bis endlich in einem System voneinander politisch unabhängiger nationaler Staaten ein gleichgewichtiges Europa entstand, das so kräftig war, daß es, eigentlich nur Amerika und Japan außerhalb seines Befehlsbereiches lassend, mit Erfolg die Hegemonie der Welt erstrebte.

Aber diese Hegemonie war keine zentralisiert-europäische. Es war die Hegemonie eines nicht einmal föderativ zusammengehaltenen, sondern eines vollkommen dezentralisierten Systems von in Kolonien und Einflußsphären sich teilenden Nationalstaaten.

Aber während der langen Geschichte, die zur Entstehung der europäischen Nationalstaaten und zu deren Hegemonie geführt hat, ergab es sich, daß nicht nur Nationen und Länder entstanden, sondern auch nationale, alle möglichen Bedarfsgüter produzierende, in sich wenigstens relativ abgeschlossene und zollgeschützte Wirtschaftsgebiete. Diese nationalen Wirtschaftsgebiete produzierten, frei von jeglicher Monokultur, nach und nach sozusagen alles und jedes, wenn auch lange nicht alles in genügender Menge. Zur Sicherung ihrer durch internationalen Wettbewerb verwundbarsten Produktions-

stätten sahen sie sich gezwungen, auf die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung immer mehr zu verzichten. Aber sie mißachteten das Prinzip der Produktion am zweckmäßigsten Standort leider nicht nur bis zu einer noch verständlichen Grenze. Sie übertrieben. Aber nicht das interessiert uns hier in erster Linie (so wichtig es ist), sondern die Tatsache, daß aus historischen Umständen heraus, richtiger- oder unrichtigerweise, nationale Wirtschafts- und Zollgebiete entstanden sind.

Es ist klar, daß unter diesen Umständen das Postulat der „wirtschaftlichen Integration Europas“ geradezu schicksalhaft mit dem Begriff der *Zolleinheit* verknüpft werden mußte. Letztlich also mit einer Abschaffung der innereuropäischen Zollgrenze, wie sie — nicht ganz konform dem Entscheid ihres Präsidenten in der Uhrenangelegenheit— von jenen Amerikanern immer wieder erträumt wird, die sich keine Vorstellung davon machen können, welch wirtschaftliches Durcheinander, welche Kapitalzerstörungen und welchen Beschäftigungswirrwarr eine plötzliche Niederreißung der (zugegeben zu hohen und abbauwürdigen) Zollschränken innerhalb des westlichen Europa zur Folge haben müßte.

Die Schweiz z. B. hat ihre Landwirtschaft (wie sozusagen alle Länder und nicht zuletzt Amerika) durch ein Netz eingrifflicher Gesetze geschützt, weil sie sie aus kulturellen sowie Staats- und wehrpolitischen Gründen nicht verkümmern lassen möchte. Aber wie sollte sie ohne jeden Zoll oder ohne irgendwelche den Zoll substituierende oder ergänzende Vorkehrungen eine landeseigene Landwirtschaft erhalten, wenn das Kilogramm dänischer Butter franko Schweizer Grenze 5 Fr. kostet, die eigene aber 9 bis 10? Wie sollte sie es, wenn der kanadische Weizen franko Schweizer Grenze 35 Fr. kostet, der eigene aber 65 Fr.?

Natürlich widerspricht das alles der *Ratio oeconomica*, wie sie den Modellen der konsequenten Freihandelslehren entspricht. Aber dieser wirtschaftlich reinen Vernunft könnten wir Europäer unter gegebenen staatspolitischen Umständen nur dann nachleben, wenn wir als Demiurgen, als *Creatores mundi* in der Lage wären, eine Welt neu zu schaffen und vom Ursprung an neu einzuteilen und neu einzurichten. Dann und nur dann könnte man ohne rücksichtslose Zerstörung geschaffener Werte, ohne Vertreibung von Beschäftigten aus ihren Arbeitsstätten und ohne Vernichtung soziologisch und staatspolitisch wertvoller Traditionen den „*kostengünstigsten Standort*“ zum Herrn der Welt in wirtschaftlichen Dingen ernennen. Aber keiner von uns ist ein *Fabricator mundi*, wir sind alle nur geschichts- und entwicklungsgebundene Wesen mit sehr beschränkter Kompetenz und Gestaltungsfreiheit. Es gehört unabdingbar zum Wesen der freien Welt, daß sie geschichts- und entwicklungsgebunden dasteht. Nur der Kommunismus wähnt sich in seiner Hybris frei von allem, was ohne ihn geworden ist.

Im Gegensatz zu Amerika, wo die Mobilität der Produktionsfaktoren nur durch betriebswirtschaftliche Rücksichten begrenzt ist, ist der Grad dieser Mobilität im freien Europa mitbestimmt durch Tradition und Angst vor Entwurzelung. Ein Amerikaner fühlt sich innerhalb seines Kontinents nicht entwurzelt. Aber ein Bayer ist es schon in Frankfurt und erst recht an der Ruhr.

Wie könnten wir z. B., ohne schwere Nöte und soziale Kämpfe auszulösen, unsere nationalen Agrarwirtschaften dem Prinzip der international günstigsten Standorte und Kosten opfern, wenn sogar die USA „ihrer Landwirtschaft den Schutz einer Preisabsprache gewähren, die es selbst dem unfähigsten Farmer ermöglicht, erträglich durchzukommen, und die besten Farmer phantastische und nicht gerechtfertigte Gewinne erzielen läßt, ohne auch nur einen von ihnen unbedingt dazu anzuspornen, seine Anstrengungen zu steigern“? (*Permanent Revolution*)

In Amerika ist die Landwirtschaft, sagen die gleichen Leute, „hinsichtlich der Entscheidung, wer was *macht* und was *bekommt*, einer der mächtigsten Blöcke seiner Ge-

schichte“. Es ist hier kaum anders, so daß zu den wehr-, traditions- usw. politischen Argumenten noch das Argument der reinen Macht hinzutritt, um den kostengünstigsten Standort als Herrn der Produktions- und der Tauschwirtschaft zu entthronen. Es sei an die immer noch nicht überwundenen Schwierigkeiten der Benelux erinnert, wo selbst auf wirtschaftlich relativ homogenem Raum die „Union douanière parfaite“ immer noch eine Chimäre ist.

Will das alles nun sagen, daß wir mit Fahnen und Standarten ins Lager der Protektionisten hinüberwechseln sollten? Nein, das heißt es wirklich nicht. Denn *tendenziell* müssen wir im Interesse immer besserer Weltversorgung der kostengünstigsten Produktion und damit der internationalen Arbeitsteilung unsere Reverenz erweisen. Wir müssen es um so mehr tun, als kurzsichtige und zum Teil auch ignorante Wirtschaftspolitiker sich eine Ehre daraus machen möchten, in Deutschland auch Bananen pflanzen und in Ägypten auch Uhren fabrizieren zu wollen.

In aller Welt und in Europa im besonderen wird die Außenhandelsrestriktion kraß überzogen, sei es durch übertrieben hohe Zölle, durch Einfuhrbeschränkungen, durch Diskriminierungen aller Art, durch Devisenbewirtschaftung und wie diese, einer optimalen Weltversorgung widerstrebenden Einrichtungen alle heißen.

Ich neige in der Tendenz durchaus zu möglichst freiem Handel, zur Konvertibilität der Währungen, zum freien Reiseverkehr unter den Nationen. Aber das alles, so erstrebenswert es ist, kann sinnvoll, d. h. ohne anderswie entsprechend großen oder noch größeren Schaden zu stiften, nicht erreicht werden über forcierte gleichschaltende Integrationsmaßnahmen auf Grund etwa des Beschlusses eines europäischen Parlamentes. Die Vereinigten Staaten von Europa in der Art, Aufmachung und wirtschaftlichen Einheit der USA sind sicher für lange Zeit noch eine große Utopie.

Aber diejenigen sind wahrlich keine Utopisten, deren reales Ideal (wenn diese Wortbildung gestattet ist) auf wirtschaftspolitischem Gebiet eine die ökonomische Zusammenarbeit fördernde *Europäische Vertragsordnung* ist. Eine Ordnung mit dem Zweck, den Leistungswettbewerb zwisdienstaatlich zu fördern und so in organischem Fortschreiten (d. h. nach und nach) zu einer interstaatlichen zweckmäßigeren Arbeits- bzw. Produktionsteilung zu gelangen. Zu einer Ordnung also, die auf dem Wege immer fortschreitender vertraglicher Verständigung unter souveränen Nationen die wirtschaftlichen Unkosten der europäischen Staatenvielfalt sukzessive zu verringern trachtet. Ich denke an ein Netz von Übereinkünften; das nicht starr ist, sondern das (strukturelle Krisen allerdings vermeidend) im Leistungswettbewerb das wesentlichste Ziel sieht. Es müßte beispielsweise auch die Bereitschaft bestehen, in einem *intereuropäischen* „General Agreement on Tariffs and Trade“ die standortgünstigste Produktion zu fördern, gleichzeitig als notwendige Ergänzung Währungsabkommen zu treffen, etwa dahin lautend, auf kompetitive Währungsmanipulationen zu verzichten, solange die Konvertibilität nicht voll erreicht ist. Daß zur Stütze solcher Arrangements Regelungen zur Verhinderung echten sozialen Dumpings getroffen werden müßten, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Es kann keinen echten Wettbewerb geben, solange das heutige erstaunlich steile Lohngefälle selbst innerhalb wichtiger europäischer Industriewirtschaften besteht, gar nicht zu reden vom Lohn etwa eines schweizerischen und deutschen Landarbeiters einerseits und eines höhlenbewohnenden Kolonen des italienischen Mezzogiorno anderseits.

In diesem Zusammenhang sei auch das Konvertibilitätsproblem erwähnt, jenes währungspolitische Postulat, das — um mit *Dr. Jacobson* zu reden — nichts anderes darstellt als den Versuch, den Bürgern verschiedener Länder zu gestatten, sich zu irgendeinem legitimen Zweck ausländische Zahlungsmittel zu verschaffen, ohne vorher einen Beamten um Erlaubnis zu fragen.

Diese an und für sich einfache, aber nach so langer Devisenbewirtschaftung doch höchst komplex gewordene Angelegenheit allein ist Gegenstand sehr verschiedener Lösungsversuche. Gelehrte und Praktiker streiten darum, ob die Konvertibilität auf *stabilen* oder *flexiblen* Wechselkursen aufzubauen sei. Autoritäten wie *Haberler* und *Lutz* neigen zu flexiblen, andere wie *Prof. Meyer*, Bonn, *Hornberger* vom Vorort des Schweiz. Handels- und Industrievereins, *Prof. Röpke*, und die Präsidenten der Nationalbanken von Holland und der Schweiz, *S. Posthuma* und *Prof. Keller*, neigen zu stabilen Kursen, und die Frage, welches Mittel zur Behebung von Zahlungsbilanzstörungen vorzuziehen sei, *Deflationsmaßnahmen*, *Handelsrestriktionen* oder *Wechselkurs-Anpassungen*, ist, so sehr die Vernunft der letztgenannten Lösung das Wort reden mag, zumindest unter Praktikern keineswegs geklärt. Einig ist man sich, aber auch nur unter den Theoretikern, einzig darin, daß künftig Behinderungen des internationalen Waren- und Zahlungsverkehrs durch *monetäre Machenschaften* vermieden werden sollten.

Selbst solche, scheinbar einfache und im Interesse der einzelnen Staaten und Europas fällige Verständigungsbemühungen stoßen also auf mannigfache Schwierigkeiten und praktisch nicht nur auf den Widerstand derjenigen, die, um mit *Dr. Preusker* zu reden, „in Angst vor jeder Veränderung das hauptsächlichste Hindernis einer europäischen Integration erblicken“. Diese Integration, die, dem Wortsinn nach, *in letzter Konsequenz* ja nichts anderes sein könnte als ein auf Zentralgewalt basierendes System mit wirtschaftlicher, und das heißt insbesondere transfer- bzw. verkehrswirtschaftlicher Bestimmungsbefugnis, ist vorläufig nicht erreichbar. Etwas ganz anderes ist es, wenn die Kräfte darauf konzentriert werden, durch eine sukzessive Ausweitung liberalisierender handels-, transfer- und währungspolitischer Bemühungen unter den westlich gesinnten europäischen Nationen der wirtschaftlichen Vernunft und mit ihr wohl nicht der Maximierung, aber doch der Optimierung der Versorgung zu dienen.

Nun könnte man sagen, daß ja auch die Montanunion unter den Begriff der Integration falle, daß hier schon eine Zusammenfassung eines wirtschaftlich wichtigen Teils des Abendlandes vorliege und daß fortgeschrittene Kreise sogar in der Hoffnung leben, aus der gemeinsamen Versammlung der Union möge sich bald ein europäisches Parlament entwickeln. Ich will nicht bestreiten, daß hier höchst interessante Wurzeln der intimen zwisdienstaatlichen Kooperation ins europäische Erdreich getrieben worden sind. Aber eben so sehr auch die Montanunion eine Teilintegration darstellt, sowenig vermochte sie Schosse zu treiben, aus denen der Baum der Vereinigten Staaten von Europa ausschlagen könnte.

Es sei fern von mir, Urteile über die Montanunion abgeben zu wollen. Aber das ist doch wohl zu sagen, daß die Montanunion, von der wir erhoffen, daß sie einmal einen echten Markt für Kohle und Stahl zu schaffen in der Lage sei, *primär nicht dem Wunsche nach wirtschaftlicher Zusammenfassung und Ganzheitsgestaltung entsprungen ist, sondern dem Wunsch nach der Integration politisch-geistiger Konzeptionen, d. h. zur Überwindung, säkular gesehen, der im Jahre 843 im Vertrag von Verdun verbrochenen Desintegration des karolingischen Reiches und, für die neuere Zeit gesehen, zur Überwindung des eben durch jenes Vorkommnis im Grund geschaffenen, heute aber sinnlos gewordenen Gegensatzes zwischen Frankreich und Deutschland.*

Daraus, aus diesem *politischen* Primat, des zweifellos genial konzipierten Schumanplanes wird es verständlich, daß den immer wieder auftauchenden, rein *wirtschafts-politischen* Integrationsplänen und Poolungen allergrößter Widerstand erwächst. Widerstand nicht nur seitens der Praktiker, sondern auch der Theoretiker und Ideologen, die vor allem wissen möchten, ob solche Teilintegration mehr einer *liberalen* Regelung der innereuropäischen Tauschverhältnisse dienen oder ob sie das auf supranationaler Ebene zu schaffende Surrogat des bisher nur länderweisen Dirigismus sein sollen? Diese Frage

ist wohl nicht einmal für die Montanunion definitiv geklärt. Aber selbst wenn sie es wäre, und zwar im Sinne freien Güterauslasses, also im Sinne letzten Endes der wirtschaftspolitischen Rangerhöhung des Prinzips der kostengünstigsten Standorte — selbst dann wären die Schwierigkeiten keineswegs behoben. Es genügt in dieser Hinsicht, etwa die Schweizerische Bauernzeitung vom August dieses Jahres zu lesen, wo die Überweisung der Grün-Pool-Frage an die OEEC und damit wohl die Verschiebung des Pflimlin-Mansholt-Planes ad calendras graecas mit offenkundigster Genugtuung verzeichnet wird. Das ist vom schweizerischen Agrarstandpunkt aus wohlverständlich, weil durch die handelspolitische Vereinheitlichung der europäischen Agrarwirtschaften das auf Gesetz basierende schweizerische Netz des Agrarschutzes nicht mehr intakt zu halten wäre. Übrigens ist die Überweisung der Grün-Pool-Frage an die OEEC — meine Auffassung von den praktischen Schwierigkeiten wirklicher Integration bestätigend — deswegen erfolgt, weil erkannt wurde, daß eine Integration auf agrarem Gebiet allein nicht möglich ist, und eine Ergänzung durch andere Teilgemeinschaften nur zu neuen bürokratischen Apparaten, großen Kosten und neuen Konfliktstoffen geführt hätte.

Ich bekenne mich von ganzem Herzen zu Europa. Aber ich glaube nicht, daß wir die engere Zusammenarbeit der europäischen Länder fördern, wenn wir das Goodwill-Konto derer überziehen, die grundsätzlich zur besseren Zusammenarbeit bereit sind. Wir sollten also nicht durch forcierte und überstürzte wirtschaftliche Integrationstendenzen, durch Rot-Gelb-Grün- und Violett-Pläne so viele Widerstände geradezu mobilisieren, daß die immerhin noch national erzogenen und durch nationale Wirtschaftseinheiten interventionistisch betreuten Menschen anfangen, dem einzig möglichen Verfahren, nämlich der *sukzessiven* Intensivierung der wirtschaftlichen Verständigung und Zusammenarbeit der Länder Widerstand zu leisten.

Die Amerikaner sagen von sich, daß es ihnen stets klarer war als den Europäern, wie sehr die Politik von wirtschaftlichen Faktoren abhängig sei, und sie behaupten, daß die Marxschen Konzeptionen von *Madison* nicht nur vorweggenommen, sondern auch einer vernünftigen Lösung entgegengeführt worden seien.

Es ist möglich, daß das für Amerika seine Geltung hat. Aber so sehr mir die nachhaltige Bedeutung der Wirtschaft als Bestimmungsgrund geschichtlicher Vorgänge gegenwärtig ist, in Europa — und das ist wiederum ein sehr wesentlicher Unterschied zu Amerika — sind seit dem Übergang von der magischen Vorstellungswelt ins Zeitalter des wissenschaftlich-logischen Denkens, sind vom alten Griechenland bis heute, so außerordentlich viele *geistige Konzeptionen, Ideen, Ideologien, Lehrgebäude* und *Glaubensrichtungen* aufeinandergeprallt, daß sie auf diesem Kontinent und insonderheit auf seinem westlich-freieitlichen Teil nicht minder tiefe Spuren hinterlassen haben als die wirtschaftlichen Systeme und Gegensätze. Es ist also für unsere westlich-europäischen Kulturen sehr schwer, zu sagen, ob geistige Strömungen oder wirtschaftliche Vorgänge das historische Geschehen nachhaltiger zu beeinflussen vermochten. Ich neige zum Primat der geistigen Einflüsse.

Eines scheint mir auf Grund der Erfahrung sicher zu sein: Alle Bestrebungen zu engerer europäischer Verständigung und Zusammenarbeit werden sich nur dann nicht totlaufen, wenn ihnen die *geistige Verständigung* im Sinne gegenseitiger Anerkennung philosophisch-kultureller und politischer Werte vorausgeht. Erst wenn die Franzosen von der hohen Menschheitsbedeutung von Männern wie *Kant, Goethe* oder *Planck* ebenso überzeugt sind wie von der Bedeutung der *Descartes, Victor Hugo* oder *Bergson* und umgekehrt, erst dann werden die beiden Völker und Parlamente in den Versuchen zu engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit nicht mehr in erster Linie Versuche sehen, einander übers Ohr zu hauen. Alle Vereinbarungen zu wirtschaftlich engerer und liberalerer Zusammenarbeit zwischen nationalen Völkern erwecken Widerstände der nega-

tiv Betroffenen, ja, sie müssen solche wecken, weil jede Regelung einmal von dem, einmal vom anderen Erwerbszweig „Opfer“ verlangt. Und gerade deshalb setzen wirtschaftliche Flurbereinigungen unter den europäischen Nationen die gegenseitige geistig-kulturelle Achtung voraus. Nur Völker, die einander verstehen und einander trauen, sind bereit, das Opfer überholter wirtschaftlicher Verhaltensweise zu bringen. Ist nicht die Montanunion der lebende Beweis dafür? Obwohl ihr wirtschaftlicher Inhalt einen deutsch-französischen Krieg unmöglich macht, hat sie nicht vermocht, das Verständnis zwischen Franzosen und Deutschen wesentlich zu fördern. Aber ein politisch-geistiges Zusammengehen von Deutschen und Franzosen wäre wohl geeignet, das Verständnis für ein engeres wirtschaftliches Verhältnis der beiden Länder zu wecken.

Meine These lautet also dahin, *daß ein auf immer engere wirtschaftliche Zusammenarbeit und rationellere Außenhandelsbeziehungen sich verpflichtendes Europa etwas anderes voraussetzt als allzu voreilig und linear konzipierte wirtschaftliche Integrationspläne und Pools, von denen niemand weiß, ob an ihrem Ende eine bessere oder nur eine bürokratisiertere Versorgung steht.*

Was nötig ist, sind ständige Bemühungen zur sukzessiven wirtschaftlichen Verständigung und Förderung der Zusammenarbeit. Vorerst, um das Wichtigste zu nennen, auf dem Gebiete der Währungen im Sinne der Abschaffung der Devisenbewirtschaftung, Schaffung der Konvertibilität, der Sistierung der inflationistischen Staatsfinanzierung und des kompetitiven Mißbrauchs der Währungspolitik. Bemühungen sodann auf dem Gebiete der Außenhandelserschwerisse einschließlich der Zölle im Sinne ihrer vertraglich schrittweisen Herabsetzung, Bemühungen ferner auf dem Gebiete der Kapitalbewegungen im Sinne eines zuverlässigen Rechtsschutzes der Gläubiger, Bemühungen endlich zu einer ausgeglicheneren Sozialpolitik der europäischen Staaten **und** ihrer privaten Unternehmungen usw.

Diese wirtschaftlichen Verständigungs- und Kooperationsbemühungen müssen aber — und das ist indispensabel — begleitet sein von allergrößten Anstrengungen der freihheitlichen europäischen Länder, sich auf allen Gebieten des Lebens zu verstehen, so sehr zu verstehen, daß man sich gegenseitig nicht nur toleriert, sondern (den Unsinn früherer Kriege vergessend) sogar *will*. Denn da, wo seelische Wunden und politische Aversionen in den Völkern schwelen, da gibt es auch tendenziell keine wirtschaftliche *Integration*, sondern nur *Desintegration*. Da gibt es also nur auf sich selbst bedachte Länder und national-eigensüchtige und mißtrauische Wirtschaftsgebiete.

Die Heilung der seelischen Wunden Europas ist auch wirtschaftlich gesehen die erste Aufgabe Europas.

FRIEDRICH NAUMANN

Jedes neue Gemeinschaftsgebilde muß in der Seele der Menschen geboren werden, und diese Seele ist niemals bloß wirtschaftlich, sondern war zu allen Zeiten und ist noch heute von materiellen und ideellen, von klaren und unklaren Trieben und Wünschen vielseitig zusammengesetzt und vorwärts gedrängt . . . Alte Kabinettpolitik ließ sich zur Not ohne historische Ideen mit Söldnern, Rechenstift, politischer Technik und List gestalten, aber seitdem die Massen auf dem Boden der irdischen Schicksalsbestimmung zu Mitwirkenden geworden sind, brauchen sie Gedanken, Ziele, Deutungen dessen, was werden will.